

**Universitätsstadt Tübingen**

Fachbereich Personal, Organisationsentwicklung und  
Informationstechnik

Dieter, Ulrich Telefon: 07071-204-1210

Gesch. Z.: 1/048.011/

Vorlage

550a/2019

Datum

09.01.2020

**Berichtsvorlage**

zur Behandlung im **Verwaltungsausschuss**

---

<b>Betreff:</b>	<b>Koordinierung und Forcierung der Digitalisierungsbemühungen</b>
Bezug:	Vorlage 550/2019, Vorlage 239/2019
Anlagen:	0

---

**Zusammenfassung:**

Seit dem 1.1.2019 ist die Stelle des Digitalisierungsbeauftragten mit Direktzuordnung an die Fachbereichsleitung Personal, Organisationsentwicklung, Informationstechnik besetzt. Die Sachbearbeitungsstelle Dokumentenmanagement ist für die Aufbau-/Einführungsphase dem Digitalisierungsbeauftragten zugeordnet und ist seit dem 1.9.2019 besetzt. Die Struktur hat sich bewährt. Ein weiterer Unterstützungsbedarf ist voraussichtlich ab 2021 notwendig.

**Ziel:**

Die Verwaltung informiert über die aktuelle Aufbauorganisation und Stellensituation zum Thema Digitalisierung incl. einem Quervergleich zu anderen Städten.

## **Bericht:**

### **1. Anlass / Problemstellung**

Mit dem interfraktionellen Antrag 550/2019 wurde beantragt, über die Digitalisierung bei der Universitätstadt Tübingen zu berichten. Auf folgende Punkte aus dem Antrag ist einzugehen:

Koordinierung und Forcierung der Digitalisierungsbemühungen der Stadt. Die Verwaltung nimmt dabei Stellung zur Schaffung, den Aufgaben sowie der Zuordnung einer – gegebenenfalls sogar direkt beim Oberbürgermeister angesiedelten – zentralen neuen Stelle für die Digitalisierungs- und Modernisierungsaufgaben der Stadt und ihrer Tochtergesellschaften.

Die Verwaltung sammelt zuvor die Stellenbeschreibungen und Erfahrungen mit solchen Funktionen in den benachbarten Städten Ludwigsburg, Böblingen, Waiblingen, Esslingen und Stuttgart und berichtet darüber.

Die Verwaltung wird gebeten, im Haushaltsentwurf 2020 diese Funktion (ggf. optional) zu berücksichtigen, damit der Gemeinderat darüber im Rahmen der Haushaltsgespräche entscheiden kann.

### **2. Sachstand**

Mit dem Haushalt 2018 wurde die Stelle eines Digitalisierungsbeauftragten im Fachbereich Personal, Organisationsentwicklung, Informationstechnik mit Direktzuordnung an die Fachbereichsleitung genehmigt, damit die notwendigen Maßnahmen aus dem E-Government Gesetz BW und dem Onlinezugangsgesetz geplant und koordiniert werden können. Die Digitalisierungsthemen in den Schulen gehören nicht zu dem Aufgabenbereich, sondern werden durch die Fachabteilung Informationstechnik verantwortet. Die Stelle konnte in 2018 mit Herrn Daniel Süß besetzt werden. Der Digitalisierungsbeauftragte hat seine Arbeit am 1.1.2019 begonnen.

Die Schwerpunktaufgaben des Digitalisierungsbeauftragten sind:

- Erhebung und Priorisierung von Geschäftsprozessen und Arbeitsabläufen in Zusammenarbeit mit den Fachbereichen und den Fachabteilungen Organisationsentwicklung und Informationstechnik und Erarbeitung von Entscheidungsvorschlägen für die Verwaltungsleitung.
- Koordinierung der E-Government- und Digitalisierungsprojekte in der Gesamtverwaltung, sowie Unterstützung bei der Implementierung von E-Government-Services und bei der Einführung neuer bzw. Änderung vorhandener elektronischer Vorgangsbearbeitungen.
- Aufbau/Ausbau von einfachen, nutzerfreundlichen, kundenorientierten und wirtschaftlichen Online-Prozessen zwischen Verwaltung, Bürgerinnen und Bürgern und Wirtschaft und von Online-Prozessketten zwischen Behörden.

Die entsprechende Vernetzung konnte in der Zwischenzeit aufgebaut werden. Extern mit dem Städtetag Baden-Württemberg (AG Informations- und Kommunikationstechnik), dem Innenministerium (Referat 62 E-Government, Open Government und Verwaltungsmodernisierung) und dem kommunalen Rechenzentrum ITEOS. Zusätzlich finden Abstimmungsgespräche mit anderen Kommunen statt, speziell mit Pilotkommunen im Bereich des Online-

Zugangsgesetzes (z.B. mit Waiblingen). Stadtintern gibt es gemeinsame Treffen mit der Wirtschaftsförderung, den Stadtwerken und der Stabsstelle Umwelt- und Klimaschutz.

Die gewünschten Ausprägungen und Erfahrungen mit solchen Funktionen bei den Städten Ludwigsburg, Böblingen, Waiblingen, Esslingen und Stuttgart sehen wie folgt aus:

Grundsätzlich gibt es zwei unterschiedliche Vorgehensweisen. Zum einen „von außen nach innen“ der Smart-City Ansatz (wie z.B. in Ludwigsburg) und zum anderen „von innen nach außen“ mit Fokus auf die Verwaltungsmodernisierung und den Ausbau der E-Government- und Online-Bürgerdienste.

Die Organisationsstrukturen sind in Regel recht neu und unterschiedlich:

- Stuttgart: Abteilung eGovernment im Haupt- und Personalamt, OB-Dezernat
- Esslingen: Stabsstelle Digitalisierung, Finanzdezernat
- Böblingen: Sonderprojektstelle im OB-Referat
- Waiblingen: Stabstelle Digitalisierung in der Abteilung Stadtentwicklung, Controlling, zugeordnet dem Fachbereich OB Büro
- Ludwigsburg: Smart-City-Themen durch Stabstelle Digitalisierung im Referat Steuerungsunterstützung und Grundsatzthemen, Verwaltungsmodernisierungsthemen wie z.B. Onlinezugangsgesetz durch IT-Abteilung im Hauptamt; beides OB-Dezernat; die Koordination beider Themenfelder erfolgt durch eine Steuerungsgruppe

Insgesamt wird unabhängig von der Organisationsstruktur bei allen eine enge Vernetzung zu den Themen Organisation (-sentwicklung), Personal und IT als notwendig gesehen und durch entsprechende Abstimmungstermine bzw. Projektorganisation realisiert.

### 3. Vorgehen der Verwaltung

Die Verwaltung konzentriert sich derzeit auf die interne Verwaltungsmodernisierung, um schrittweise „smart-city fähig“ zu werden. Der aktuelle Stand der Digitalisierungsprojekte und das weitere Vorgehen sind in der Vorlage 239/2019 dargestellt.

Für die Verwaltungsmodernisierung hat sich die gewählte Organisationsstruktur bewährt. Für 2020 ist von der Verwaltung kein weiterer Stellenbedarf geplant. Dies wird voraussichtlich für 2021 notwendig sein.

### 4. Lösungsvarianten

Alternativ oder ergänzend kann die Verwaltung sich auf den Smart-City Ansatz konzentrieren. Ohne zusätzliche Stellen wird dies nur möglich sein, wenn die bisherigen Projekte der Verwaltungsmodernisierung nicht mehr bearbeitet werden.

### 5. Finanzielle Auswirkungen

Für die Digitalisierungsbeauftragtenstelle und für die Sachbearbeitungsstelle Dokumentenmanagement betragen die jährlichen Personalkosten 145.360 €.